
«Wir werden den Amazonas ausbeuten. Er gehört uns!»

Lange war Brasilien ein Klimachampion. Doch spätestens unter Präsident Bolsonaro ist Schluss damit. Das Land spürt die verheerenden Folgen bereits jetzt. Geschicht nichts, leidet bald die ganze Welt.

Von Philipp Lichterbeck, 22.08.2019



Nur das Reservat für die indigene Bevölkerung blieb verschont: Blick auf eine gigantische Abholzung im Bundesstaat Pará im Norden Brasiliens. Gallo Images/USGS/NASA Landsat data/Orbital Horizon/Getty Images

Um die Katastrophe zu verstehen, die sich unter Brasiliens Präsident Jair Bolsonaro im Amazonasbecken anbahnt, muss man den Blick zunächst woanders hinrichten: in den Weltraum.

Dazu ist ein kurzer Ausflug in die Vergangenheit nötig, der hilft, die Hintergründe zu verstehen, die zu einer gross angelegten Attacke von Bolsonaro gegen eines der renommiertesten Forschungsinstitute des Landes geführt hat. Wie in vielen Teilen der Welt herrschte auch in Brasilien in den 1960er-Jahren Zukunftseuphorie: Das Land sah sich als aufstrebende Nation und wollte am Weltraumrennen teilhaben. Es gründete das Nationale Institut für Weltraumforschung (Inpe), kooperierte mit den Weltraumbehörden anderer Länder, beteiligte sich am internationalen Datenaustausch und managte sogar einen Weltraumbahnhof im Nordosten Brasiliens.

Das Institut entwickelte sich mit den Jahren – trotz eines vergleichsweise geringen Budgets – zu einer der angesehensten Forschungseinrichtungen Südamerikas.

Ab 1988 nutzte das Inpe Satellitenbilder, um die Amazonasregion zu beobachten. Die Wissenschaftler wollten Aufschluss gewinnen über die Abhol-

zungen des grössten tropischen Walds der Erde, der mit 4,2 Millionen Quadratkilometern rund die Hälfte Brasiliens bedeckt. Vor allem über illegale Rodungen, die immer schon ein Problem darstellten.

Dazu entwickelte man das satellitengestützte Programm zur Überwachung des Amazonaswalds (Prodes), das mit den Aufnahmen dreier Satelliten Rodungen schon ab einer Grösse von sechs Hektaren erfasst. Die Genauigkeit der Datenerhebungen ist damit extrem hoch, und Prodes gilt als eines der besten Waldüberwachungsprogramme der Welt.

Im Jahr 2004 wurde Prodes ergänzt durch das Deter-Programm, dessen Aufgabe die schnellstmögliche Erkennung neuer Rodungen ist. Dazu verwendet Deter weniger hochaufgelöste Satellitenbilder, die Entwaldungen erst ab einer Grösse von 25 Hektaren sichtbar machen. Die aber eben eine schnellere Auswertung ermöglichen.

Die Deter-Daten werden vom Inpe vor allem dazu genutzt, die brasilianische Umweltbehörde Ibama über illegale Rodungen zu alarmieren. Im besten Fall schickt das Ibama dann bewaffnete Beamte los, um die Abholzung zu stoppen und die Umweltsünder zu bestrafen. Dieses Zusammenspiel zwischen dem Forschungsinstitut Inpe und der Umweltbehörde Ibama gilt heute als der Hauptgrund für den starken Rückgang der illegalen Abholzung zwischen 2004 und 2012: von 27'000 Quadratkilometer auf 4500 Quadratkilometer.



Drastische Zunahme der Rodungen, seit Jair Bolsonaro Präsident ist: Ein Mitarbeiter der Umweltbehörde Ibama balanciert über einen Stamm. Marcelo Correia/Camera Press/Keystone

Das Institut für Weltraumforschung spielt also nicht nur für die Datengewinnung eine grosse Rolle, sondern auch für den konkreten Schutz des Amazonaswaldes. Seinem hohen Renommee entspricht, dass das Inpe stets von international anerkannten Wissenschaftlern geleitet wurde, wie zuletzt von Ricardo Galvão, einem 71-jährigen Physiker.

Damit zurück in die Gegenwart. Wo dieser Hintergrund wichtig ist, weil Brasiliens Präsident Jair Bolsonaro und sein Umweltminister Ricardo Salles einen Kleinkrieg gegen das Inpe und seine Forscher begonnen haben. Ohne wissenschaftliche Grundlage stellen sie die Glaubwürdigkeit des Instituts infrage. Und der Konflikt gipfelte in der Entlassung von Inpe-Chef Ricardo Galvão Anfang August.

Der Grund dafür ist so simpel wie absurd: Bolsonaro und Salles passen die Daten nicht, die das Institut veröffentlicht.

Extreme Zunahme der Waldbrände

Seit Bolsonaro das Präsidentenamt am 1. Januar übernommen hat, haben die Rodungen im Amazonasbecken drastisch zugenommen. So stieg die Entwaldung laut Inpe im Juni 2019 um 88 Prozent im Vergleich zum Vorjahresmonat.

Im Juli erhöhte sich der Wert dann sogar auf 278 Prozent. Damit droht 2019 zum verheerendsten Jahr für den Amazonasdschungel in mehr als einer Dekade zu werden.

Auch längerfristige Zahlen belegen, dass sich ein Desaster anbahnt: Das Deter-System hat zwischen August 2018 und Juli 2019 rund 6830 Quadratkilometer neu entwaldeter Flächen identifiziert. Allein ein Drittel dieser Rodungen registrierte es diesen Juli. Grob geschätzt bedeuten die Daten, dass in Brasilien derzeit im Durchschnitt jede Minute eine Waldfläche von der Grösse dreier Fussballfelder verschwindet.

Brasilien ist heute das Land der Erde, das seinen Primärwald am rasantesten vernichtet. Es folgen mit grossem Abstand der Kongo, Indonesien und Kolumbien.

Seit Mitte August kann die brasilianische Öffentlichkeit sehen, was das konkret bedeutet, und es wird von Tag zu Tag schlimmer: Gestern meldete Inpe, dass die Zahl der Waldbrände gegenüber 2018 um 84 Prozent zugenommen habe. Schon seit Wochen fressen sich die Flammen an den südlichen Rändern des Amazonasbeckens in den Wald hinein. Einige Brände entstehen auf natürlichem Wege, weil derzeit Trockenperiode ist. Dies wird jedoch von Bauern, Viehzüchtern und Landspekulanten ausgenutzt, die gezielt Feuer zur Flächengewinnung legen.



Der Regenwald verschwindet: Acre, der westlichste Bundesstaat Brasiliens. Ricardo Funari/Brazil Photos/LightRocket/Getty Images

Präsident Bolsonaro will all das nicht wahrhaben – auch weil er weiss, dass sein Land im verschärften Fokus der Öffentlichkeit steht, seit er die Macht mit rechtsextremistischen Sprüchen übernommen hat. Statt aber etwas gegen die Abholzung zu unternehmen, bezichtigte er lieber die Überbringer der Nachrichten der «Lüge». So behauptete er, die Inpe-Forscher seien «schlechte Brasilianer», die «im Dienst von irgendeiner NGO» agierten. Sie hätten die Daten aufgebläht, um das Image Brasiliens zu schädigen.

Inpe-Chef Galvão (da war er noch nicht abgesetzt) verteidigte sein Institut nach den Anschuldigungen vehement. Bolsonaro habe offensichtlich keine Ahnung von der Relevanz des Instituts und der Seriosität der Datenerhebung. Er nutzte die Gelegenheit auch, um einen Skandal öffentlich zu machen: Die Umweltbehörde Ibama ignoriere seit Monaten alle neuen Hinweise über illegale Rodungen; Umweltminister Salles weigere sich einfach, mit ihm zu sprechen.

Bolsonaro gab dann die Order, Galvão zu feuern. Das wiederum rief sogar die US-Weltraumbehörde Nasa auf den Plan. Douglas Morton, Chef des Biospheric Sciences Laboratory, nannte die Entlassung Galvãos «alarmierend». Die Inpe-Daten seien «unzweideutig» und eine «unangenehme Wahrheit» für Bolsonaro.

Man könnte all das als Posse aus einer Bananenrepublik mit einem infantilen Wüterich an der Spitze abtun – würde Brasilien nicht solch eine wichtige Rolle für die Eindämmung des Klimawandels spielen. Die drastische Zunahme der Rodungen im Amazonasbecken geschieht just zu einem Zeitpunkt, an dem im Westen intensiver denn je über die Erderwärmung diskutiert wird.

Die neuen Hitzerekorde dieses Sommers, die gigantischen Brände in Sibirien, das immer schnellere Abschmelzen der Polarkappen sind Alarmzeichen, die nicht mehr zu ignorieren sind. In Europa und den USA hat sich ein

Gefühl der Dringlichkeit eingestellt, das Wissenschaftler schon seit langem fordern.

Der Arktisforscher Jeremy Mathis sagte Anfang August mit Blick auf die erstmals eisfreien Küsten Alaskas: «Mir fehlen allmählich die Worte, um das Ausmass des Wandels zu beschreiben, den wir erleben.»

In diesem Kontext erscheinen die Zerstörung des Amazonaswaldes und die aggressive Ignoranz der Bolsonaro-Regierung nicht nur als anachronistisch, sondern auch als hochgefährlich. Sogar der britische «Economist» – bekannt für seine Nüchternheit – titelte Anfang August: «Totenwache für den Amazonas». Die Zeitschrift schlug vor, die Konsumenten sollten Fleisch und Soja boykottieren, das auf illegal gerodeten Flächen produziert wurde, und warnte vor einem ökologischen Kollaps: «Die Welt sollte Herrn Bolsonaro klarmachen, dass sie seinen Vandalismus nicht akzeptiert.»

Drei Ursachen, warum alles ausser Kontrolle gerät

Die Zunahme der Waldvernichtung im Amazonsbecken kann natürlich nicht alleine Jair Bolsonaro angelastet werden. Sie folgt langfristigen Trends und steigt schon seit 2012 wieder kontinuierlich an. Damals rutschte Brasilien nach einer Boomdekade in eine tiefe, bis heute nicht überwundene Wirtschaftskrise. Als 2016 der konservative Michel Temer an die Macht kam, beschleunigte sich das Tempo auffällig stark.

Nun droht es ausser Kontrolle zu geraten. Dafür gibt es drei Ursachen:

Erstens, die Rhetorik des Präsidenten, die Umweltsünder bestärkt. Jair Bolsonaro hat seine Ablehnung gegenüber dem Umweltschutz und seine Verachtung für Umweltschützer mehr als einmal verdeutlicht. Er hat gesagt, dass Umweltschutz «eine Sache für Veganer» sei, «die nur Grünzeug essen». Umweltschützer beschimpft er als «Öko-Schiiten», und Nichtregierungsorganisationen sind für ihn die «Werkzeuge ausländischer Mächte», die Brasiliens wirtschaftliche Entwicklung bremsen wollten.

Bolsonaro selbst brach als Parlamentsabgeordneter das Umweltgesetz und weigerte sich dann, die fällige Strafe zu zahlen. Als Präsident rächte er sich an dem Ibama-Beamten, der ihn beim illegalen Fischen erwischt hatte. Der Mann wurde seines Postens enthoben.

Die ökologische Bedeutung des Amazonaswaldes scheint für Bolsonaro keine Rolle zu spielen. Er betrachtet ihn einzig unter ökonomischen Gesichtspunkten, relevant sind für ihn die Rohstoffe. Mehrfach hat er bekräftigt: «Wir werden den Amazonas ausbeuten. Er gehört uns!» Immer wieder schwärmt er von den reichen Gold- und Mineralvorkommen in der Region, etwa Niob, ein seltenes Schwermetall, das unter anderem in der Nuklear- und Medizinaltechnik eingesetzt wird.

Zu Bolsonaros Standardankündigungen gehört auch, dass er die Indigenen-Reservate für Goldsucher und Minenkonzerne öffnen werde. Das verstösst zwar gegen die brasilianische Verfassung, aber Tausende illegale Goldsucher verstehen die Worte des Präsidenten als Aufforderung. Bis zu 20'000 von ihnen sollen laut verschiedenen Medienberichten bereits in den Yanomami-Park, eines der grössten indigenen Reservate Brasiliens, eingedrungen sein. Sie seien gut ausgerüstet, heisst es, sie hätten Bagger und Kleinflugzeuge und finanzstarke Hintermänner.



Aus Wald wird Holzkohle: Brennöfen in Ariquemes im Bundesstaat Rondônia. Mario Tama/Getty Images

Aber auch Holzfäller, Rinderzüchter, Grossbauern und Landspekulanten fühlen sich von Bolsonaro ermutigt, immer weiter vorzustossen. Ein Grossteil der neuen Rodungen geschieht in den Bundesstaaten Pará und Mato Grosso. Hier sind insbesondere die Schutzgebiete im Becken des Rio Xingu betroffen, eines der grössten Amazonaszuflüsse. Bislang galt die Region als natürliches Hindernis für die Agrarindustrie beim Versuch, ihre immensen Monokulturen weiter Richtung Norden auszudehnen. Nun wird es beseitigt.

All dies geschieht zumeist mit dem Einverständnis von örtlichen Politikern und Sicherheitskräften. Die Amazonasregion ist in weiten Regionen mit dem Wilden Westen vergleichbar: Die Hauptstadt Brasília ist weit weg, und vor Ort gelten eigene Regeln.

Ausländische Kritik an der illegalen Abholzung im Amazonasbecken wehrt Bolsonaro als Einmischung in die inneren Angelegenheiten Brasiliens ab. Den Europäern wirft er vor, dass sie ihre Natur bereits der wirtschaftlichen Entwicklung geopfert hätten und nun Brasilien Vorschriften machen wollten. Er sei zweimal über Europa geflogen und habe keinen Quadratkilometer Wald gesehen.

Ende Juli provozierte Bolsonaro einen Eklat mit dem französischen Außenminister Jean-Yves Le Drian. Er strich kurzfristig einen Termin mit ihm und ging stattdessen zum Coiffeur. Le Drian war nach Brasilien gekommen, um Bolsonaro an die Einhaltung von Umweltstandards zu erinnern, wenn Brasilien Landwirtschaftsprodukte in die EU exportieren wolle.

Bolsonaro blaffte, dass Macron und Merkel anscheinend noch nicht gemerkt hätten, dass Brasilien eine neue Regierung habe: «Ich habe die Wahlen gewonnen, verdammt!», brüllte Bolsonaro zuletzt mehrfach Journalisten entgegen. «Weniger essen. Und nur noch jeden zweiten Tag kacken», empfahl er einem Reporter, der wissen wollte, wie wirtschaftliches Wachs-

tum, Nahrungsmittelproduktion und Umweltschutz vereinbart werden können.

Es ist das Niveau der Auseinandersetzung – und illustriert den intellektuellen Horizont Bolsonaros.

Offizielle Entschuldigung bei illegalen Holzfällern

Der zweite wichtige Faktor für die Zunahme der Rodungen ist die systematische Schwächung der Umweltbehörden durch die Regierung. Das Institut für Weltraumforschung ist hierfür ein gutes Beispiel.

Sein neuer Chef ist der Luftwaffenoberst Darcton Policarpo Damião.

In seinem ersten Interview bezweifelte er den Klimawandel und kündigte an, dass ab sofort sensible Daten zur Abholzung zuerst dem Präsidenten vorgelegt würden. Darüber hinaus hat Umweltminister Salles angekündigt, bald ein privates Institut mit der Datenerhebung zur Entwaldung zu beauftragen. Auch andere relevante Behörden wurden «diszipliniert».

Salles hat die Spitzen der beiden wichtigsten Umweltbehörden komplett ausgetauscht, «mit der Sichel beschnitten», wie Bolsonaro schwärmte. Im ICMBio, das für die Überwachung und das Management verschiedener Naturschutzgebiete zuständig ist, haben nun fünf Militärs das Sagen. Die Strafaktionen des Ibama gegen illegale Holzfäller sind praktisch suspendiert worden; bereits laufende Aktionen wurden abgebrochen.

In einem Fall reiste der Umweltminister sogar zu Holzfällern in den westlichen Bundesstaat Rondônia, um sich zu entschuldigen. Salles bezeichnete die Holzfäller, die illegale Bäume in einem Indigenen-Reservat schlugen, als «gute Bürger, die produzieren».



Geschmeidig im Diskurs, hart in der Sache: Umweltminister Ricardo Salles bei einer Präsentation (1. August 2019). Eraldo Peres/AP Photo/Keystone

Ein konkretes Ergebnis dieser Schwächung staatlicher Exekutivorgane ist der Rückgang der Strafzahlungen für illegale Abholzungen auf das niedrigste Niveau seit zehn Jahren. Es ist, als würde man aus einem Ort die Polizei abziehen, weil die Regierung Verbrecherbanden das Handwerk erleichtern möchte.

Enorm wichtig für den Schutz des Waldes sind auch die Indigenen-Reservate, die rund 13 Prozent der Landesfläche Brasiliens ausmachen. Die grössten und meisten von ihnen liegen im Amazonasbecken. Bislang galten sie wegen ihres von der Verfassung garantierten Status als Bollwerke gegen Eindringlinge. Aber auch das hat sich unter Bolsonaro geändert. Immer häufiger werden dieses Jahr gewaltsame Konflikte zwischen Ureinwohnern auf der einen und Holzfällern und Goldgräbern auf der anderen Seite gemeldet. Häufig gibt es Todesopfer.

Die Ureinwohner Brasiliens haben eine Behörde, die für ihre Belange und den Schutz der Reservate zuständig ist. Sie heisst Funai und macht auch die Landansprüche der Indigenen gegenüber Grossgrundbesitzern geltend. Diese zählen zu den grössten Unterstützergruppen Bolsonaros. Er hat das Problem für sie gelöst, indem er den Polizisten Marcelo Augusto Xavier zum neuen Funai-Chef ernannte. Xavier hat beste Verbindungen zur Agrarindustrie. Besondere Kenntnisse der indigenen Völker Brasiliens hat er keine.

Bolsonaro selbst hat die Ureinwohner schon mit «Zootieren» und «prähistorischen Menschen» verglichen, die man «endlich ins richtige Brasilien integrieren» müsse. Die Ausweisung neuer Indigenen-Reservate hat er am 1. Januar stoppen lassen. Es war eine seiner ersten Amtshandlungen.

Der Angriff auf die Ureinwohner und ihre zurückhaltende Lebensweise ist neben der Vernichtung des Urwalds wahrscheinlich die grösste Tragödie, die sich in Brasilien derzeit abspielt. Die Schriftstellerin Eliane Brum hat es zugespitzt: «Es ist nicht so, dass die Grossgrundbesitzer plötzlich in der Regierung sassen. Dort sassen sie schon immer. Heute *sind sie* die Regierung.»

«Land ohne Menschen für Menschen ohne Land»

Der dritte wichtige Faktor, der zur Waldzerstörung beiträgt: Die Amazonasregion funktioniert als eine Art Ventil für die sozialen Widersprüche Brasiliens. Schon seit Jahrzehnten strömen Menschen ins Amazonasbecken, die woanders vertrieben wurden oder keine Perspektiven mehr sehen.



Neuanfang im unbewohnten Norden: Siedler im Amazonasgebiet, um das Jahr 1972. PL Gould/Images Press/Getty Images

Diese Entwicklung begann bereits in den 1960er-Jahren, als die Militärregierung die arme und grösstenteils weisse Landbevölkerung Südbrasilien ermutigte, im Norden neu anzufangen. Sie verkaufte den Siedlern Land zu Spottpreisen unter dem Motto: «Land ohne Menschen für Menschen ohne Land.»

Dahinter steckte auch die paranoide Furcht der Militärs, dass ein «mensenleerer» Amazonas leicht zur Beute ausländischer Mächte werden könnte, die es auf Brasiliens Ressourcen abgesehen haben.

Bis heute findet das Motto vom «Land ohne Menschen» ein Echo bei Kleinbauern und Landlosen aus dem armen Nordosten, die auf der Suche nach Arbeit in den Amazonas kommen. Sie finden hier Arbeit in zahlreichen Berufen: als Goldsucher, Holzfäller, Tagelöhner, LKW-Fahrer, Bauarbeiter oder Servicekräfte in den neuen Orten und Städten. Sie haben das Amazonasbecken in eine dynamische Wirtschaftsregion verwandelt, die sich schier unaufhaltsam ausdehnt. Das kann man insbesondere entlang der Strassen beobachten, etwa der Überlandstrasse BR-163, die auch Soja-Highway genannt wird, und auf der ununterbrochen Lastwagen voller Getreide zu den Flusshäfen im Norden donnern.



Viel Staub auf dem Soja-Highway: Trucks donnern über die Strasse BR-163. Dado Galdieri/Bloomberg/Getty Images

Jair Bolsonaro unterstützt diese Binnenmigration. Der Hauptmann der Reserve sieht seine Mission auch darin, das Besiedlungsprojekt der Militärs weiterzuführen. Wie sie warnt auch er davor, dass NGOs von ausländischen Agenten unterwandert seien, deren Ziel die Destabilisierung der Amazonasregion sei. Zu den Feinden Brasiliens zählt Bolsonaro sogar die katholische Kirche.

Der Inlandsgeheimdienst Abin spionierte bereits die Bischöfe aus, die die Amazonas-Synode im Oktober vorbereiten. Sie wollen die Bedrohung der Ureinwohner und des Waldes in Rom zur Sprache bringen.

Der Präsident lebt in einer paranoiden Parallelwelt

Im Amazonasbecken spielt sich derzeit ein Drama ab, das Auswirkungen auf den Rest der Welt hat. Das erste Opfer der Zerstörung aber heisst: Brasilien.

Ein Beispiel: Der Südosten Brasiliens leidet seit einigen Jahren unter enormer Trockenheit, weil es immer weniger regnet. Davon ist auch die gigantische Zuckerrohrindustrie im Bundesstaat São Paulo betroffen. Wissenschaftler warnen bereits jetzt davor, dass die Region, die auf demselben Breitengrad wie Namibia liegt, sich langfristig in eine Wüste verwandeln könnte.

Für den ausbleibenden Regen machen sie den Rückgang der Wolkenbildung über dem westlichen Amazonasbecken verantwortlich, weil es dort keine ausreichend grossen Waldflächen mehr gebe. Sie wurden für Viehweiden, Eukalyptusplantagen und Sojafelder abgeholzt. Früher wanderten die Wolken als sogenannter «Fluss in den Lüften» an den Anden entlang Richtung Süden. Nun versiegt die Quelle.

Selbst für solche recht einfach zu verstehenden Zusammenhänge hat Brasiliens Präsident kein Ohr. Er lebe offenbar, so schreiben es mittlerweile auch konservative Kommentatoren, in einer paranoiden Parallelwelt, in der Brasilien von Linken und allen, die er dafür halte, bedroht werde. Dazu zählen auch Wissenschaftler, Menschenrechtler und Umweltschützerinnen. Bolsonaros geschasster Präsidialamtschef hat vor kurzem der BBC offenbart, dass das Umfeld Bolsonaros nur noch aus «Ja-Sagern» bestünde, die «keine Bildung» besäßen, dafür aber ein hohes Mass an Aggressivität.

Darauf muss also vorbereitet sein, wer mit Brasilien über den Klimawandel sprechen will. Im Wahlkampf 2018 kündigte Bolsonaro an, aus dem Pariser Klimavertrag auszusteigen. Ende Juni verpflichtete sich Brasiliens Regierung dann überraschend zur Einhaltung des Vertrags. Der Grund ist das Freihandelsabkommen zwischen der EU und der südamerikanischen Handelsunion Mercosur. Die EU hatte ihre Zustimmung an den Verbleib Brasiliens im Klimaabkommen geknüpft.

Allerdings müssen nun die einzelnen Länderparlamente sowie das EU-Parlament den Vertrag noch ratifizieren. Umso verwirrender ist es, dass ausgerechnet Brasiliens Aussenminister Ernesto Araújo den Klimawandel immer wieder leugnet. Er hält ihn für Teil einer «kultur-marxistischen» Verschwörung. Anfang August sagte Araújo vor Diplomaten: «Ich war im Mai in Rom, und es war kühl. Ich glaube nicht an den Klimawandel.»

Man kann es als Zeichen von Inkompetenz, Chaos oder was auch immer betrachten, dass Brasiliens Regierung das Freihandelsabkommen, das sie selbst als Riesenerfolg für Brasiliens Grossbauern gefeiert hat, schon jetzt wieder aufs Spiel setzt. Denn insbesondere die Franzosen suchen nach Gründen, um den Vertrag nicht zu ratifizieren. Sie würden ihren Bauern gerne die Konkurrenz des Agrargiganten Brasilien ersparen. Die zunehmende Vernichtung des Amazonaswaldes ist für sie das beste Argument.

Will der europäische Konsument wirklich Produkte, die auf Flächen gedeihen, auf denen kurz zuvor noch Dschungel stand und Ureinwohner lebten?

«Brasilien braucht das Geld nicht. Gebt es Merkel»

Deutschland und Norwegen haben nun eine erste Konsequenz aus der Zunahme der Waldzerstörung gezogen und ihren gemeinsamen Amazonas-Fonds auf Eis gelegt. Über den Fonds unterstützten sie Waldschutzprojekte in Brasilien. Norwegen hatte seit 2008 rund 1,2 Milliarden US-Dollar eingezahlt, Deutschland mehr als 68 Millionen. Der Fonds untersagte Entschädigungen für Landbesitzer, weil dies der Landspekulation Tür und Tor öffnen würde. Genau diese hatte Brasiliens Umweltminister vorgeschlagen. Er wollte mehr Kontrolle über den Fonds.

«Brasilien braucht das Geld nicht», liess Jair Bolsonaro wissen. «Gebt sie Merkel, um Deutschland aufzuforsten.»

Die Verteidigung der brasilianischen Regierung folgt einem einfachen Muster: Warum sollten wir uns von Europäern und Amerikanern Lektionen im Umweltschutz erteilen lassen? Die Norweger jagen Wale, die Deutschen fahren wie blöde Auto, und die USA verschwenden Energie, als ob es kein Morgen gäbe. Wir in Brasilien hingegen schützen ein Drittel unserer Landesfläche in Form von Umweltschutzgebieten und Indio-Reservaten (was stimmt und weit über dem globalen Durchschnitt von rund 15 Prozent liegt; in der Schweiz werden lediglich 12,5 Prozent der Landesfläche geschützt). Brasilien bewahre damit mehr Natur als die meisten anderen Länder und sei gezwungen, seine wirtschaftliche Entwicklung zu vernachlässigen.

Man strebe nun lediglich eine intelligenter Nutzung der Umwelt an, sagt Umweltminister Salles. Natürlich gebe es illegale Rodungen, das könne man nicht verleugnen. Aber man müsse den Menschen eben auch realistische Perspektiven geben und sie einbinden.

Der Diskurs von Salles ist geschmeidiger als das Gebrüll Bolsonaros – und wahrscheinlich würde die Welt auch gar nicht so entsetzt nach Brasilien starren, wenn der Präsident nicht immer wieder seine horrenden Sprüche machen würde.

Salles und andere haben hingegen begriffen, wie wichtig das Image Brasiliens ist. Selbst unter Grossgrundbesitzern regt sich mittlerweile Unbehagen über den polternden Bolsonaro. Brasilien laufe Gefahr, seine Abnehmer in Europa zu vergraulen, sagte der grösste Soja-Unternehmer, Blairo Maggi.

Die klare Sprache der Zahlen

Über der Auseinandersetzung gerät völlig in den Hintergrund, wie teuer die Umweltzerstörung letztlich auch für Brasilien ist. Im Land wird kaum über die entscheidende Rolle des Amazonas für den Wasserhaushalt Südamerikas, die Artenvielfalt sowie die Stabilität des globalen Klimas gesprochen. Erneut sprechen die Zahlen eine klare Sprache.

Das Amazonasbecken erstreckt sich über neun Länder Südamerikas und ist rund sieben Millionen Quadratkilometer gross. Rund 60 Prozent davon gehören zu Brasilien.

Allein hier wurde in den vergangenen 50 Jahren eine Fläche von der Grösse der Türkei entwaldet; dennoch ist der Amazonaswald immer noch das grösste zusammenhängende tropische Ökosystem der Welt.

Im Jahr 2017 emittierte Brasilien laut brasilianischem Klimaobservatorium rund zwei Milliarden Tonnen Treibhausgase. Damit gehört Brasilien zu den weltweit zehn grössten Klimasündern.

Interessant ist nun die Verteilung der Emissionen: Rund die Hälfte, also eine Milliarde Tonnen, entfiel auf veränderte Bodennutzung, wozu insbesondere die Abholzung zählt, bei der das in den Bäumen gespeicherte CO₂ freigesetzt wird. Rund ein Viertel der Treibhausgase emittierte Brasiliens Landwirtschaft. Lediglich 390 Millionen Tonnen stammten aus der Energiegewinnung, womit Brasilien ein Sonderfall ist.

Der geringe Anteil hat vor allem damit zu tun, dass das Land zwei Drittel seines Stroms aus Wasserkraftwerken gewinnt. Fossile Brennstoffe machen bei der Stromgewinnung nur 16 Prozent aus, gefolgt von Biomassekraftwerken und Windenergie. Ebenso interessant: 65 Prozent der 43 Millionen Autos auf Brasiliens Strassen fahren mit Flex-Fuel-Motoren. 10 Prozent werden mit Erdgas angetrieben. Brasilien hat also tatsächlich gute Gründe, sich von Europäern und Amerikanern nichts vorwerfen zu lassen.

Brasilien war auf einem guten Weg

Auffällig ist auch Brasiliens gute CO₂-Bilanz pro Kopf: Der Per-Capita-Ausstoss betrug 2016 etwa 2,3 Tonnen. Damit liegt Brasilien deutlich unter dem Durchschnitt der Schweiz (4,5 Tonnen), der EU (6,9) und der USA (16,5).

Im Pariser Klimaabkommen von 2015 hat sich Brasilien wie alle anderen Nationen dazu verpflichtet, den Anstieg der durchschnittlichen Erdtemperatur auf 1,5 Grad Celsius zu begrenzen. Brasiliens spezifischer Beitrag liegt

in dem Versprechen, seine Treibhausgasemissionen bis 2025 um 37 Prozent im Vergleich zu 2005 zu reduzieren. Bis 2030 wolle man eine Reduzierung um 43 Prozent erreichen.

Tatsächlich schien Brasilien lange Zeit auf einem guten Weg zu sein, diese Ziele zu erreichen. Das lag an der Begrenzung der Entwaldungsraten in der vergangenen Dekade. So konnte Brasilien zwischen 2005 und 2012 seine Treibhausgasemissionen um sensationelle 54 Prozent reduzieren, wie Raoni Rajão, Professor für Umweltmanagement an der Bundesuniversität Minas Gerais, sagt. Dies sei nur möglich gewesen, weil in diesem Zeitraum die Abholzung stark zurückgegangen sei.

Laut einer Studie konnte Brasilien damals 3,2 Milliarden Tonnen CO₂ aus der Atmosphäre halten. Der Effekt sei dreimal grösser gewesen, als wenn der Autoverkehr in den USA für ein Jahr stillgelegt würde, schrieben Wissenschaftler 2014 in «Science».

Brasilien war ein Klimachampion. Kein Land fuhr schneller seine Treibhausgasemissionen zurück.

Diese Erfolge stehen nun auf dem Spiel. Bereits im Jahr 2016 emittierte Brasilien wegen der gestiegenen Abholzungen 218 Millionen Tonnen mehr CO₂ als 2015. Der Anstieg des CO₂-Ausstosses für die Folgejahre dürfte nun noch drastischer ausgefallen sein, weil auch die Abholzungsraten weiter zugenommen haben.

Die wichtigste Funktion des Amazonaswalds ist seine gigantische Kapazität, CO₂ zu speichern. Seine Milliarden von Bäumen halten Treibhausgase zurück, die 140 Jahren industrieller Aktivität entsprechen. Ihre Freisetzung würde einer «CO₂-Bombe» gleichen.

Last not least: Durch das Ökosystem des Amazonasbeckens fliesst ein Fünftel des weltweiten Süsswassers.

Ein erschreckendes Szenario

Die Yale School of Forestry and Environmental Studies hat errechnet, das alle Tropenwälder gemeinsam 25 Prozent des weltweiten CO₂ speichern, allein im Amazonasbecken seien es 140 Milliarden Tonnen. Der Wald hat in der Klimadebatte zuletzt auch an Bedeutung gewonnen, weil eine Studie der ETH Zürich zu dem Ergebnis kam, dass eine weltweite Aufforstung auf knapp einer Milliarde Hektaren möglich wäre, womit zwei Drittel der bereits freigesetzten CO₂-Emissionen aufgenommen werden könnten. Da ihre baldige Pflanzung jedoch unrealistisch ist, fordern Wissenschaftler den besseren Schutz der bestehenden Wälder. Wie schwierig auch das ist, beweist das Beispiel Brasilien.

Der US-Biologe Thomas Lovejoy und der brasilianische Klimatologe Carlos Nobre haben ein erschreckendes Szenario entworfen. Sie glauben, dass das Limit der Zerstörung des Amazonaswalds bald erreicht sein könnte. Wenn der Wald zu 20 bis 25 Prozent vernichtet sei, sagen sie, kippe das sensible ökologische Gleichgewicht der Region, die Wasserkreisläufe versagten und der Wald kollabiere. Das Amazonasbecken, eine der wasserreichsten Regionen der Welt, würde dann versteppen.

Angesichts solcher Szenarien hat der Harvard-Professor Stephen M. Walt schon weiter gedacht. In einem Text für die Zeitschrift «Foreign Policy» fragt er, was die Welt zu tun gedenke, wenn die brasilianische Regierung den Amazonas immer weiter zerstöre und die Zukunft der Menschheit aufs

Spiel setze: «Wer wird in Brasilien einmarschieren, um den Amazonas zu retten?», lautete der erste, höchst provokante Titel des Aufsatzes.

Er wurde geändert, jetzt heisst er: «Wer wird den Amazonas retten (und wie)?»

In einer früheren Version hiess es fälschlicherweise, der Amazonaswald produziere ein Fünftel des weltweiten Sauerstoffs.

Zum Autor

Philipp Lichterbeck wurde 1972 in Frankfurt geboren. Er schrieb unter anderem für den «Tagesspiegel», «Die Zeit», die NZZ und die WOZ. Er lebt als freier Autor in Rio de Janeiro.